

L594D05

Weder Wende noch Mandat

VON JOSEF JOFFE, z. Z. WASHINGTON

„Dies ist mein letzter Wahlkampf“ – und Amerikas letzte Chance, mir die Stimme zu geben. Mit dieser Parole war Ronald Reagan in die Schlacht um den hundertsten Kongreß gezogen, die, zumindest im Senat, mit einem überraschend hohen Sieg der oppositionellen Demokraten endete. Im „exklusivsten Klub der Welt“ haben die Demokraten neun Sitze dazugewonnen und nur einen verloren. Reagans Mehrheit ist dahin, und am 6. Januar werden die Demokraten mit einem komfortablen Vorsprung von 55:45 Sitzen die Herrschaft im Senat antreten. Im Unterhaus besaßen die Demokraten ohnehin schon die Vormacht, aber auch hier haben sie noch ein paar Sitze dazugelegt; die Republikaner sind mit etwa 175 Parlamentariern (gegenüber 260 der Demokraten) weit abgeschlagen. Und Ronald Reagan, der populärste Präsident seit Franklin D. Roosevelt, wird in seinen beiden letzten Amtsjahren in doppelter Weise als *lame duck*, als „lahme Ente“ regieren müssen: Die Verfassung verbietet ihm eine dritte Regentschaft; die Mehrheitsverhältnisse werden das machtzehrende Diktat des Kalenders nur noch verschärfen.

Neben Hunderten von lokalen und regionalen Streitfragen ging es in dieser Wahl, wie 1982 und 1984, auch um den größten Preis von allen: um die „Reagan-Revolution“ und um das historische *realignment* der amerikanischen Kräftebalance – um die tektonische Verschiebung der Vorherrschaft von den Demokraten zu den Republikanern, die seit Roosevelts Zeiten fast immer auf dem Kapitol abgeschlagen worden sind. Seit Kriegsende hatten die Republikaner eine langfristige Chance nur im Weißen Haus; hier haben sie mit Eisenhower, Nixon, Ford und Reagan 20 Jahre lang das Oval Office okkupiert, 19 Jahre lang herrschten Präsidenten der Demokraten. War Reagans doppelter Erdrutschsieg die historische Wasserscheide? Am Dienstag haben die Wähler zumindest mit einem halblauten „Nein“ geantwortet. Im Einsatz war der 75 Jahre alte „Gipper“ (Reagans Spitzname) für seine Kandidaten in den Ring gestiegen. Aber selbst in einem erzkonservativen Staat wie Nevada war die Liebesmüh' umsonst: den Senatssitz gewann ein Demokrat.

Das legendäre Realignment – es blieb Legende. Nur: Ein Mandat für die „Konterrevolution“ hat diese Wahl auch nicht ausgesprochen. Vorweg gilt: Ronald Reagan – SDI-Visionär, Steuerrevolutionär und „Contra“-Mäzen – kann sich weiterhin ein einer geradezu phantastischen Popularität sonnen. Unter den Urnengängern vom Dienstag hat eine Blitzumfrage astronomische 72 Prozent ausgemacht, die seine Amtsführung gutheißen. Die Republikanische Partei mag heute ihre Wunden lecken, der republikanische Monarch aber ist ohne persönliche Blessur aus dem Wahl-

duell hervorgegangen. Zweitens: Richtig ist zwar, daß Reagan seine Popularität nicht in parlamentarische Potenz ummünzen konnte, aber die Sieger verdanken ihren Triumph keineswegs einem Anti-Reagan-Umschwung. Sie haben gemäß der Vorgabe der Parteistrategen weder Reagan persönlich noch dessen Politik attackiert. Sie haben im Gegenteil, wie etwa ihr Senatssieger in Florida, Bob Graham, Einzelaspekte seiner Politik demonstrativ unterstützt. Ganz allgemein haben die Demokraten um die großen Fragen der nationalen Politik einen weiten Bogen gemacht, um sich dafür um so hartnäckiger ins lokale Getümmel zu stürzen – wo es etwa um Industrieansiedlung, Abtreibung oder Giftmüll-Lagerung ging.

Drittens, und das folgt aus der Zuspitzung aufs Lokale, war die Wahl vom Dienstag kein Referendum über die Außenpolitik. Auch dies geschah in weiser Voraussicht, nachdem die Meinungs-Messer den Demokraten mitgeteilt hatten, daß sich zum Beispiel fast acht von zehn Amerikanern nicht von einem so dramatischen Datum wie dem Ausgang des Reykjavik-Gipfels in ihrer Wahlentscheidung beeinflussen lassen würden. Über SDI sagte der künftige Mehrheitsführer der Demokraten im Senat, Robert Byrd, gestern: „Ich selbst habe dieses Programm unterstützt.“ Und zur „Contra“-Hilfe merkte er an: Es wird keinen „Geheimkrieg“ in Zentralamerika geben, will sagen: Wir werden hier allenfalls vorsichtig gegen den Präsidenten antreten. Auch wollen die Demokraten nicht die „zweite amerikanische Revolution“ – die Steuerreform – antasten; sie reden nur von einem „ausgeglichene Budget“, was gerade den ausgabenfreudigen Sozial-Demokraten unter ihnen nicht leichtfallen wird.

Wenn überhaupt eine nationale Frage den Wahlausgang entschieden hat, dann war es die Summe der regionalen Unzufriedenheiten mit einer Wirtschaftspolitik, die wichtige Gruppen als Verlierer zurückließ: die Farmer im Westen, die Kohleschürfer im Süden, die Stahlarbeiter im Nordosten. Und genau hier wird der Demokratische Kongreß im nächsten Jahr ansetzen – keineswegs zur Freude von Japanern und Europäern. Landlauf, landab haben die Demokraten *trade legislation*, sprich: Protektionismus gepredigt. Die bilanzstarken Europäer und Japaner können sich nun nicht mehr auf die traditionell freihandelsfreundlichen Republikaner verlassen.

Wird 1988 endgültig das Ende der Reagan-Ära einläuten? Das ist keineswegs sicher angesichts der sensationell hohen Einbrüche der Republikaner in die Gouverneurspaläste. Und: Der künftige Republikaner-Kandidat genießt schon heute einen stimmenträchtigen Bonus: Jeden Fehlschlag der amerikanischen Politik kann er nach dem 6. Januar dem demokratisch beherrschten Kongreß anlasten. 4